

20.06.2023

Kleine Anfrage 1997

des Abgeordneten Dr. Werner Pfeil FDP-Fraktion

Erhöhte Waldbrandgefahr – wie effektiv und koordiniert ist der Brandschutz in Nordrhein-Westfalen?

Am 29. Mai 2023 ist ein Moorbrand auf belgischer Seite des Hohen Venn im deutsch-belgisches Grenzgebiet bei Aachen ausgebrochen. Das Hohe Venn ist ein mehr als 600 km² umfassendes Hochmoor-Gebiet in der Eifel zwischen Deutschland und Belgien. Etwa 200 Feuerwehrleute waren an dem Pfingstmontag im Hohen Venn im Einsatz – darunter auch Einsatzkräfte aus Deutschland. Die Löschwasserversorgung im Hohen Venn gestaltete sich schwierig. Feuerwehr und Technisches Hilfswerk mussten im Rahmen des Einsatzes etwa fünf Kilometer fahren, um ihre Wassertanks neu zu befüllen. In dem schwer zugänglichen Gebiet sollen auch zwei Löschhubschrauber und Kettenfahrzeuge eingesetzt worden sein. Medienberichten zufolge konnten die Hubschrauber nicht mit Wasser aus der Talsperre bei Eupen befüllt werden.

Zwei Wochen nach dem Brand kam es im Heideland des Hohen Venn im belgischen Grenzraum und im Naturschutzgebiet Wurmatal wieder zu schweren Bränden.

In der vergangenen Legislaturperiode wurde zur Verbesserung des Brandschutzes ein Antrag (Drs. 17/13171) von CDU und FDP eingebracht. So wird im Antrag ausgeführt:

„Vor diesem Hintergrund und auch dem stetig steigenden Waldbrandrisiko ist zu prüfen, wie weitere Kapazitäten für die Brandbekämpfung aus der Luft geschaffen werden können. Denkbar wäre eine entsprechende Vergrößerung der Hubschrauberflotte der Polizei samt Ausstattung mit „Bambi Buckets“. Die Brandbekämpfung aus der Luft ist zur Bekämpfung gegen Feuer im Nationalpark aber auch mit Blick auf den besonderen Fall von Wald- oder großflächigen Vegetationsbränden in munitionsbelasteten Gebieten bedeutsam.“

Zudem wurde mit der Zustimmung des Antrages die Landesregierung beauftragt, eine Ausarbeitung weiterer Instrumente zur Waldbrandfrüherkennung und -überwachung für die verschiedenen, in Nordrhein-Westfalen bestehenden Vegetations- und Waldbereiche sowie für den Nationalpark, Naturparks, Biosphärenreservate etc. vorzunehmen.

Mit dem Antrag der FDP (Drs. 18/3653) wurde in dieser Legislaturperiode zur Stärkung des Katastrophenschutzes u. a. gefordert:

„[...] gemeinsame grenzüberschreitende Schutzzieldefinitionen zu schaffen. Diese müssen für unterschiedliche Szenarien (Wald- und Vegetationsbrände, Stromausfälle, Tierseuche, Pandemien, Cybercrime bei KRITIS, Anschlag auf grenznahe Atomkraftwerk) national definiert, grenzüberschreitend abgestimmt und gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden.“

Datum des Originals: 20.06.2023/Ausgegeben: 20.06.2023

Der Antrag wurde von den Fraktionen der Regierungskoalition abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wieso wurden mit Blick auf die beschriebenen Schwierigkeiten der Löschwasserversorgung am Boden nicht bereits direkt am Tag des Ausbruchs des Feuers Löschflugzeuge vorbereitend angefordert bzw. Löschhubschrauber eingesetzt?
2. Welche Probleme bestanden bei der Löschwasserversorgung der Löschhubschrauber?
3. Ist die Landesregierung der mit der Verabschiedung des Antrages (Drs.17/13171) oben erläuterten Beauftragung nachgekommen?
4. Wann wurde eine grenzüberschreitende Schutzzielbestimmung für Wald- und Vegetationsbränden mit Belgien und den Niederlanden im Grenzgebiet gemeinsam abgesprochen, die dann im März 2021 zur Anwendung kam?
5. Was unternimmt die Landesregierung mit Blick auf die erhöhte Waldbrandgefahr, insbesondere im Grenzgebiet zu Belgien und den Niederlanden sowie den mit Bodenfahrzeugen schwer zu erreichenden Wäldern, um den Brandschutz bzw. den Katastrophenschutz zu stärken?

Dr. Werner Pfeil